

Besserer Schutz für Nichtraucher

Politiker und Gesundheitsexperten lehnen amerikanische Verhältnisse ab - Kein generelles Rauchverbot

Von Markus Falkner und Gabi Zylla

Immer mehr Politiker und Gesundheitsexperten fordern in Berlin einen besseren Schutz der Nichtraucher vor dem blauen Qualm. Schon jetzt ist das Rauchen auf Bahnhöfen und Flugplätzen, in vielen Arbeitsämtern und Verwaltungsgebäuden verboten. Das ist der gesundheitspolitischen Sprecherin der Grünen im Abgeordnetenhaus, Elfi Jantzen, und ihren Fraktionskollegen jedoch noch zu wenig. "Die neue Arbeitsstättenverordnung muss besser durchgesetzt werden. Es laufen noch immer Verwaltungsmitarbeiter rauchend im Flur rum", so der Grüne Oliver Schruoffeneger. Aber gerade in Behörden würden Vorbilder erwartet.

US-amerikanische Verhältnisse mit strengsten Anti-Raucher-Regelungen sind in Berlin allerdings nicht gefragt - weder vom Nichtraucherbund noch von Experten oder Gesundheitsverwaltung. "Statt rigider Verbote wollen wir Maßnahmen wie Aufklärung oder Hilfe zur Raucherentwöhnung bündeln", sagt Regina Kneiding, Sprecherin der Gesundheitsverwaltung. Die neue Arbeitsstättenverordnung soll die nicht Rauchenden unter den Beschäftigten wirksam vor Rauch schützen "Nun müssen Arbeitgeber - wenn gewünscht - rauchfreie Arbeitsplätze anbieten; Rauchzonen sind erlaubt", so Robert Rath vom Landesamt für Gesundheitsschutz.

Dr. Lothar Erbenich vom Krankenhaus Waldfriede arbeitet im Forum "Rauchfrei in Berlin" mit und plädiert für mehr Rauchkontrollen auf den Bahnhöfen, Rauchverbot überall dort, wo Kinder sind - wie auf Spielplätzen - und in allen öffentlichen Gebäuden. "Auf normalen öffentlichen Plätzen wird das jedoch nicht durchzusetzen sein", meint Erbenich. Sein Ziel: "Es sollte normal sein, nicht zu rauchen und in Restaurants Raucherzonen anzubieten - statt wie bisher umgekehrt." Zigarettenautomaten müssten aus Schulen verschwinden.

Keine amerikanischen Verhältnisse wünscht sich Wolfgang Behrens, Vorstand des Nichtraucherbundes Berlin. "Wer rauchen will, soll auch die Möglichkeit dazu haben", sagt er. Ein generelles Rauchverbot, etwa in der Gastronomie, sei im Sinne eines vernünftigen Miteinanders nicht sinnvoll. Der Nichtraucherbund fordert wie die Bundesdrogenbeauftragte Marion Caspers-Merk (SPD) ein Modell, das schon in Skandinavien praktiziert wird. Dort sind Gastronomen zur Einrichtung von Nichtraucherzonen verpflichtet.

Mehr als 100 nichtraucherfreundliche oder gänzlich rauchfreie Lokale hat der Verband in Berlin bislang gezählt. Trotzdem sieht der Nichtraucherbund in Berlin noch erhebliche Defizite. "Es darf an zu vielen öffentlichen Orten geraucht werden, und noch immer gibt es zu viele rücksichtslose Raucher", so Behrens. "Wenn Rauchverbote nicht eingehalten werden, müssten die Raucher im Notfall auch mit Geldbußen dazu gezwungen werden."

Peter Vogel, Geschäftsführer des Berliner Hotel- und Gaststättenverbandes fürchtet ein weiteres Kneipensterben in der Stadt, sollten Nichtraucherzonen zur Pflicht werden. "Die Gastronomie leidet ohnehin unter der wirtschaftlichen Flaute. Reglementierungen wären für viele Wirte der Todesstoß." Vogel sieht eine mögliche Verschärfung der Vorschriften in Sachen Nichtraucherschutz als "unnötige Gängelung" der Gastwirte: "In vielen Betrieben

wird schon Rücksicht auf Nichtraucher genommen." Die Wirtschaft sei in der Lage, das ohne weitere Vorschriften zu regeln.

Das sagt auch Ernst Brückner, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Cigarettenindustrie: "Wenn die Mehrzahl der Kunden Nichtraucherzonen wünscht, wird jeder Gastronom auch welche einrichten." Sein Verband unterstütze Rauchverbote überall, wo Menschen sich gezwungenermaßen aufhalten, wie in Behörden oder im öffentlichen Nahverkehr.